

# Ein neues Quartier

**Thurgauerstrasse** Am Sonntag hiessen die Stadtzürcher Stimmberechtigten die Vorlage über den Gestaltungsplan Thurgauerstrasse gut. Damit können nun in Zürich-Seebach 700 neue Wohnungen gebaut werden. **RED**

Die Vorlage zum öffentlichen Gestaltungsplan Thurgauerstrasse berührte hochkomplexe städtebauliche Aspekte der Stadtzürcher Wohnungsbaupolitik auf einer der letzten grossen Baulandreserven. Und besonders im betroffenen Grubenackerquartier in Zürich-Seebach wurde der Kampf gegen dieses Vorhaben mit Verve geführt («Tagblatt» vom 4.11.). Am vergangenen Sonntag mussten die Gegner des Vorhabens dennoch eine Niederlage einstecken. Die Stadtzürcher Stimmberechtigten hiessen die Vorlage mit 59,8 Prozent gut.



Das Areal an der Thurgauerstrasse beim Grubenackerquartier ist eine der letzten grossen Baulandreserven der Stadt Zürich.

Bild: JS

## «Chance verpasst»

Der öffentliche Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiete A und C-F Wohnen / Gewerbe» betrifft rund 37 000 Quadratmeter des Areals. Dort sollen über 700 Wohnungen für etwa 1800 Menschen entstehen, einschliesslich Angebote im Bereich «Wohnen im Alter». Das Gebiet soll gemäss den politischen Vorgaben dicht bebaut werden und dadurch weiterer preisgünstiger Wohn- und Gewerberaum unter Berücksichtigung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in der Stadt geschaffen werden. Der Gemeinderat hatte dem Gestaltungsplan bereits zugestimmt. Die IG Grubenacker hatte dagegen das Referendum ergriffen und dafür Unterstützung von den

Grünen, der AL, der EVP und der Arbeitsgruppe Raumplanung Zürich erhalten. In einer ersten Stellungnahme kommentierte das Referendumskomitee die Niederlage mit deutlichen Worten. Die Stimmbewölkerung habe ein «wohnbaupolitisches Flickwerk» gutgeheissen. Die Befürworter seien nun in der Pflicht, die im Vorfeld der Abstimmung von Stadtplanungs-Fachleuten, Wohnbaugenossenschaften und Anwohnern geäusserten Bedenken ernst zu nehmen und im weiteren Planungsprozess zu berücksichtigen.

Die IG Grubenacker erwartet vom Stadtrat «rasch wirksame Massnahmen gegen die Verdrängung der jetzigen Bewohner durch

bereits aktiv gewordene Immobilien-Spekulanten». Für die Grünen wurde die «Chance für eine bessere Lösung an der Thurgauerstrasse verpasst». Nun gelte es trotzdem, auf dem letzten grossen städtischen Grundstück das Beste daraus zu machen.

Für die SP andererseits ist das Abstimmungsresultat erneut ein «deutliches Ja zu mehr bezahlbaren Wohnungen». Die 700 zusätzlichen Wohnungen, die nun an der Thurgauerstrasse gebaut werden können, seien ein wichtiger Schritt zur Erreichung des Drittelsziels an gemeinnützigen Wohnungen, welches die Bevölkerung 2011 in die Gemeindeordnung aufgenommen hat.

## Keine Gratis-Badis in der Stadt Zürich

Mit 54,2 Prozent verwarfen die Stadtzürcher Stimmberechtigten den Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Volksinitiative «Sportstadt Züri», welche die Partei der Arbeit (PdA) lanciert hatte. Er hätte einen Grateintritt in die von der Stadt betriebenen Freibäder für alle vorgesehen. Zudem wollte er den städtischen Sportvereinen und -organisationen keine Gebühr für die Benutzung der von der Stadt betriebenen Sport- und Badeanlagen mehr auferlegen.

Stadtrat Filippo Leutenegger vom Schul- und Sportdepartement zeigte sich mit dem Resultat zufrieden. Er hatte unter anderem vor Badetourismus und jährlichen Zusatzkosten von 15 Millionen Franken gewarnt.

Die PdA, auf welche die Idee zurückgeht, zeigte sich enttäuscht. Dennoch zeige die Zahl der Ja-Stimmen, dass im Bereich der Sport- und Gesundheitsförderung dringender Handlungsbedarf bestehe. **RED**

## Ein Ja für die Freie Szene

Mit 68 Prozent Ja-Stimmen wurde die dritte städtische Vorlage zum neuen Fördersystem Tanz und Theater angenommen. Somit kann unter anderem die Freie Szene stärker unterstützt werden. Kritisch äussert sich die FDP. Sie sei nicht einverstanden, dass dem Gemeinderat das Mitspracherecht grösstenteils entzogen werde und eine Jury über die Fördergelder bestimme. **RED**

## Konzernverantwortungsinitiative scheitert am Ständemehr

Zwar stimmte die Schweizer Stimmbewölkerung der Konzernverantwortungsinitiative knapp mit 50,7 Prozent zu, sie scheiterte aber letztlich am Ständemehr. Zuletzt war das vor 60 Jahren bei einer Vorlage der Fall gewesen. Im Kanton Zürich hiessen 52,83 Prozent die Vorlage gut, in der Stadt Zürich waren es 66,68 Prozent. Am deutlichsten angenommen wurde die Konzernverantwortungsinitiative mit 77 Prozent in den Stadtkreisen 4 und 5.

Das Bürgerliche Komitee für Konzernverantwortung bedauerte den Ausgang des Abstimmungs-sonntags «zutiefst». Das Resultat

und die intensive Abstimmungskampagne hätten aber klar gezeigt, was die Gesellschaft erwarte: «Alle Konzerne mit Sitz in der Schweiz müssen umsichtig wirtschaften.» Deshalb müsse der ungenügende Gegenvorschlag bald weiterentwickelt werden. Für die SP ist das Nein «kein Freipass für Grosskonzerne». Für den Wirtschaftsverband Economiesuisse wiederum haben die Stände mit ihrer Ablehnung «einen regulatorischen Alleingang der Schweiz verhindert». Damit könne nun der international abgestimmte Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament in Kraft treten. **RED**

## Die Stadt Zürich stand hinter der Kriegsgeschäfte-Initiative

Mit 57,4 Prozent lehnte die Schweizer Stimmbewölkerung die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» ab. Im Kanton Zürich stimmten 54,34 Prozent mit Nein. Angenommen wurde die Initiative lediglich in der Stadt Zürich mit 60,84 Prozent. Wie bei der Konzernverantwortungsinitiative lag dabei der grösste Ja-Anteil mit 71,5 Prozent in den Stadtkreisen 4 und 5.

Für die Jungen Grünen und die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSOA) hat trotz Niederlage «die moralische und inhaltliche Debatte» gewonnen. Die Befür-

worter sehen sich denn auch durch das Resultat «bestärkt in unserem Kampf für eine friedliche Welt». Wirtschaftsminister Guy Parmelin hingegen zeigte sich zufrieden: Das Nein zur Kriegsgeschäfte-Initiative sei kein Entscheid gegen die Moral gewesen, sondern einer für die Wirtschaft. Eine Annahme hätte keine Kriege verhindert, sondern KMU und Pensionskassen belastet, so Parmelin.

Mit dem Entscheid vom Sonntag dürfen AHV, Pensionskassen, Nationalbank und Stiftungen weiter in Unternehmen investieren, die mit Kriegsmaterial Geld erwirtschaften. **RED**